



über die 1. Sitzung
des Rates
am Donnerstag, dem 17. Februar 2000
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr
Ende: 16:15 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Herr Behrens
Frau Ciecior
Herr Drescher
Frau Dyduch
Herr Eckardt
Herr Etzold
Frau Filthaut
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Henning
Herr Hupe
Frau Jung
Herr Kaminski
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Müller
Frau Müller
Herr Rickwärtz-Naujokat
Herr Skodd
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Frau Gerdes
Herr Hasler
Herr Hitz
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Klein
Herr Kloß
Herr Lehmann
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach
Herr Schneider
Herr Weber
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann
Frau Bucek
Herr Kühnapfel
Frau Schneider

Ratsmitglieder F.D.P.

Herr Bremmer
Herr Nieme

Verwaltung

Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Erdtmann
Herr Flaskamp
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann
Herr Tost

entschuldigt fehlten

Herr Ebbinghaus
Herr Eisenhardt
Herr Madeja
Frau Middendorf

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Besetzung des Gleichstellungsbeirates	10/2000
2.	Anwendung der Altersteilzeit bei Beamten	13/2000
3.	Errichtung eines Gründerzentrums im TECHNOPARK KAMEN	19/2000
4.	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der HhSt. 817.98500 - Ausgleichsleistung an die GSW - hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	461/1999
5.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben im IV. Quartal 1999	25/2000
6.	Bericht des Stadtbrandmeisters hier: Antrag der CDU-Fraktion	26/2000
7.	Einwohnerfragestunde	
8.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

10/2000

Besetzung des Gleichstellungsbeirates

Beschluss:

Der Rat wählt nachstehende Stellvertreterin in den Gleichstellungsbeirat:

Evangelische Kirchengemeinde:

bisher: N.N.

neu: Töns-Rocklage, Wilma

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

13/2000

Anwendung der Altersteilzeit bei Beamten

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Altersteilzeit bei Beamtinnen und Beamten der Stadt gemäß § 78 d Landesbeamtengesetz zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

19/2000

Errichtung eines Gründerzentrums im TECHNOPARK KAMEN

Herr **Erdtmann** führte aus, dass die Verwaltung heute eine Beschlussvorlage zu einem Projekt von besonderer stadtpolitischer Bedeutung vorlege. Mit der beabsichtigten Erweiterung des Technoparks werde ein sinnvoller und anerkannt innovativer Weg zu Ende geführt. Seiner Überzeugung nach werde, wenn der Rat der Verwaltungsvorlage folge, der Startschuss für eine folgerichtige und notwendige Entwicklung gegeben. Die bisherige Arbeit der TECHNOPARK KAMEN GmbH belege eine erfolgreiche Entwicklung. Herr Erdtmann zeigte sich erfreut über die Anerkennung der Fraktionen und die konstruktive Begleitung auf dem bisherigen Weg.

Die Erwartungen an das neue Gebäude und seine Inhalte seien klar beschrieben und realistisch. Dies werde auch von den Fördergebern anerkannt, wie die beeindruckende Förderquote von 72 % beweise. Überdies berate der Rat heute über ein Hochbauprojekt, das mit diesem Finanzvolumen auf Sicht auch in der Stadtentwicklung einen Meilenstein setzen werde und zwar auch in architektonischer und damit städtebaulicher Betrachtung.

Herr Erdtmann bedankte sich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der TECHNOPARK KAMEN GmbH, die mit sehr viel Engagement, realistischer Einschätzung des Machbaren und sicher auch mit Fortune Wesentliches in Aufbau und Entwicklung geleistet hätten. Diese Entwicklung sei auch vom Aufsichtsrat mit Kompetenz und Engagement begleitet worden. Es bestehe die Überzeugung, dass die beabsichtigte Erweiterung ebenfalls nach einigen Jahren erfolgreich zu bilanzieren sein werde. Der Anspruch, rechtzeitig und mit Um- und Weitsicht einen weiteren Rahmen zur Strukturveränderung zu setzen, werde fortgesetzt. Den Fraktionen

seien die Ziele bereits dargelegt worden. Der Aufsichtsrat der TECHNO-PARK KAMEN GmbH empfehle dem Rat, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

Herr **Lehmann** fragte an, ob in der Kostenschätzung die Mehrwertsteuer enthalten und wie sicher diese Kostenschätzung sei.

Herr **Baudrexl** legte dar, dass es sich um Nettobeträge handele, da die TECHNO-PARK KAMEN GmbH vorsteuerabzugsberechtigt sei. Die Kostenschätzung sei von einem Architekten auf der Grundlage der DIN 276 erstellt worden. Diese Grundlage sei eine Forderung des Fördergebers zur Prüfung des Förderantrages. Der Antrag habe die bautechnische und baufachliche Prüfung bei der Bezirksregierung Arnberg durchlaufen und sei voll anerkannt worden.

Die weitere Frage von Herrn **Lehmann**, ob bei einer Verteuerung der Baumaßnahme ein Kostenübernehmerisiko für die Stadt besteht, wurde von Herrn **Erdtmann** bejaht. Auf Nachfrage von Herrn Lehmann bestätigte Herr Erdtmann ferner, dass die Förderung mit Bescheid vom 28.12.1999 bewilligt worden sei und im Hinblick auf die Fertigstellung der Maßnahme in der Mitte des nächsten Jahres eine besondere Eile vorliege. Die Maßnahme müsse bis zum 31.12.2001 abgerechnet sein.

Auf den Einwand von Herrn **Lehmann**, warum bei vorliegender Eilbedürftigkeit erst jetzt und nicht bereits im Januar beraten worden sei, ergänzte Herr **Baudrexl**, dass ein komplizierter Bewilligungsbescheid mit umfangreichen Richtlinien und Auflagen ergangen sei. Dies habe zunächst geprüft werden müssen. Außerdem war der Beschluss des Aufsichtsrates herbeizuführen, so dass der bisherige Vorlauf zeitnah erfolgt sei.

Herr **Kissing** legte dar, dass sich seine Fraktion intensiv mit dem Thema beschäftigt habe. Die Fragen seien auch ausführlich mit den Herren Baudrexl und Ebbers diskutiert worden. Die Eilbedürftigkeit sei für seine Fraktion vollkommen geklärt und ergebe sich, wie auch aus der allgemeinen politischen Diskussion bekannt, aus den Förderprogrammen des Ziel 2-Gebietes. Die CDU-Fraktion begrüße die Errichtung des Gründerzentrums. Das Gebäude sei notwendig, um den Technopark weiter auszubauen und dadurch wirtschaftlicher zu gestalten. Dieses Projekt habe sich seine Fraktion schon zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht. Im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme müsse allerdings darauf geachtet werden, die geschätzte Kostenhöhe nicht zu überschreiten. Die CDU-Fraktion sei aber von einem entsprechenden Bemühen der Geschäftsführung der TECHNO-PARK KAMEN GmbH überzeugt. Abschließend legte Herr Kissing dar, dass seine Fraktion insgesamt erfreut darüber sei, dass der Technopark trotz eines gewissen Zuschussbedarfs seine Geschäfte in einer guten Art und Weise habe entwickeln können. Dies liege zum Einen an der überschaubaren Größe und andererseits daran, dass es gelungen sei, Nischen zu finden und eine gewisse Exklusivität der Angebote und Möglichkeiten zu eröffnen. Nicht zuletzt liege der Erfolg auch am Engagement der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates. Die CDU-Fraktion werde dem Projekt zustimmen.

In der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei das Projekt sehr intensiv und kontrovers diskutiert worden, sagte Herr **Kühnapfel**. Die Notwendigkeit der Erweiterung werde gesehen und auch die wirtschaftlichen Aspekte seien positiv einzuschätzen. Probleme würden aber hinsichtlich des Haushaltes gesehen. Es entstünde ein Risiko, das unter Umständen dazu führe, an anderen Stellen im Rahmen des Haushaltssicherungskon-

zeptes wieder Einsparungen vornehmen zu müssen. Dies könne zum Problem werden, wenn dann evtl. über andere Einrichtungen diskutiert werden müsse. Seine Fraktion habe aus rein haushaltstechnischen Gesichtspunkten zum Teil erhebliche Bedenken und werde daher nicht einheitlich abstimmen.

Herr **Hupe** betonte, dass die SPD-Fraktion dem Vorhaben gern zustimmen werde. Die Stadt Kamen unterliege am östlichen Rand des Ruhrgebietes voll dem Strukturwandel und habe nach ihren Möglichkeiten im Rahmen kommunaler Wirtschaftsförderung nennenswerte Beiträge zu leisten. Die Erweiterung des Technoparks sei ein wesentlicher Schritt in diese Richtung und schaffe neue Strukturen. Angesichts der hohen Förderquote von 72 % sei der Anlaufverlust vertretbar. Die haushaltsrechtlichen Bedenken der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN würden in der Weise nicht geteilt, da die Anlaufverluste im Vermögenshaushalt veranschlagt würden und sich nicht direkt auf den Verwaltungshaushalt auswirkten. Das Risiko sei vor dem Hintergrund der Chancen und Perspektiven und dem bisherigen Erfolg des Technoparks überschaubar und tragbar. Die SPD-Fraktion hoffe natürlich, dass die Wirtschaftlichkeitsberechnungen wie prognostiziert einträfen. Herr Hupe stellte abschließend fest, dass der bisherige Zeitrahmen durchaus nachvollziehbar sei.

Herr **Bremmer** erklärte, dass auch die F.D.P.-Fraktion das Projekt begrüße und gern zustimmen werde. Seine Fraktion verspreche sich hiervon insbesondere die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

In der Regionalkonferenz vom gleichen Tage, so Herr **Erdtmann**, sei die Situation im Steinkohlenbergbau und der Stahlindustrie in dieser Region dargestellt worden. Vor 2 Jahren seien in diesen Industriezweigen noch 23.500 Arbeitsplätze vorhanden gewesen. Es müsse davon ausgegangen werden, dass sich diese in den nächsten 2 Jahren auf 6.500 reduzierten. Es seien daher alle Anstrengungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu unternehmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt:

1. Der Rat der Stadt Kamen stimmt dem in dieser Beschlussvorlage dargestellten Konzept und den Planungen zur Errichtung eines Gründerzentrums im Technologiepark Kamen zu.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt,
 - a) den Zuwendungsbescheid der Investitionsbank NRW vom 28.12.1999 gemeinsam mit der TECHNOLOGYPARK KAMEN GmbH im Rahmen einer Anerkennung anzunehmen und
 - b) eine Ausfallbürgschaft zur Sicherung des notwendigen Darlehens bis zu einer Höhe von 2.300.000,00 DM zu Gunsten der TECHNOLOGYPARK KAMEN GmbH zu übernehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen langfristigen Erbbaurechtsvertrag für das städt. Grundstück, auf dem das Gründerzentrum errichtet werden soll, mit der TECHNOLOGYPARK KAMEN GmbH abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 4.

461/1999

Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe bei der HhSt. 817.98500
- Ausgleichsleistung an die GSW -
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschluss:

Die nachfolgende, gemäß § 60 Abs. 1 S. 2 der Gemeindeordnung NW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gemäß § 60 Abs. 1 S. 3 Gemeindeordnung NW genehmigt:

Die Verwaltung wird gemäß § 82 Abs. 1 S. 4 GO NW ermächtigt, bei der HhSt. 817.98500 - Ausgleichsleistung an die GSW - eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 910.809,-- DM zu leisten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

25/2000

Über- und außerplanmäßige Ausgaben im IV. Quartal 1999

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 6.

26/2000

Bericht des Stadtbrandmeisters
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Herr **Hasler** verwies auf die Antragsbegründung. Seine Fraktion habe den Antrag gestellt, da die freiwillige Feuerwehr die einzige städtische Einrichtung ohne direkte Anbindung an ein parlamentarisches Gremium sei. Jahresberichte der anderen Einrichtungen seien durchaus üblich. Hierbei habe der Leiter einer Einrichtung selbst die Möglichkeit zu berichten. Die CDU-Fraktion wolle mit der Antragstellung nicht die gute Praxis der Jahresdienstbesprechungen, zu denen auch Vertreter der Politik geladen würden, in Frage stellen. Allerdings werde dies in den einzelnen Löschzügen zum Teil unterschiedlich gehandhabt. Zu einzelnen Punkten sei aber immer wieder vom Stadtbrandmeister um Hilfe aus dem politischen Raum gebeten worden. Diese Anregungen und Wünsche sowie gelegentliche Kritik seien dann mittelbar weitergegeben worden. Die jährliche Berichtsmöglichkeit im direkten Kontakt mit der Politik könne hilfreich sein und erhöhe zudem den Stellenwert der Feuerwehr.

Herr **Hupe** sah in der inhaltlichen Bewertung keinen großen Differenzen. Es gehe aber um den Verfahrensweg. Die guten gewachsenen Strukturen könnten möglicherweise durch die Einführung neuer Wege leiden. Die von der CDU-Fraktion festgestellten Defizite seien nicht nachvollziehbar. Im Gegenteil bestehe bei seiner Fraktion der Eindruck, dass durch die guten Kontakte zur Feuerwehr alle Informationen rechtzeitig ausgetauscht würden. Dies geschehe in einer informellen und weniger formalen Atmosphäre. Der formale parlamentarische Rahmen sollte nur bei zentralen Punkten, z. B. Standortentwicklung, Ausstattungsfragen, hergestellt werden. Die SPD-Fraktion sei insofern der Auffassung, die jetzigen Strukturen beizubehalten und werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Die F.D.P.-Fraktion folge grundsätzlich der Argumentation der CDU-Fraktion sagte Herr **Bremmer**. Es bleibe dann dem Stadtbrandmeister überlassen, in welchem Umfang er berichten bzw. Anregungen geben wolle.

Herr **Erdtmann** machte deutlich, dass in der Praxis sehr gute Kontakte zur Feuerwehr bestünden. Er selbst besuche seit 1968 zumindest die Jahresdienstbesprechungen der Feuerwehr in Kamen-Mitte und kümmere sich um deren Anliegen. Die Arbeit der Feuerwehr werde gewürdigt. Kontakte bestünden über die Jahresdienstbesprechungen hinaus.

Den neuen Ratsmitgliedern sei die Praxis weniger bekannt, wandte Herr **Bremmer** ein, so dass ein umfassender Bericht im Haupt- und Finanzausschuss auch aus dieser Sicht interessant sei.

Herr **Hasler** führte weiter aus, dass es nicht nur um den Bericht des Stadtbrandmeisters, sondern auch um konkrete Fragen an den Stadtbrandmeister gehe, die nicht nur in einer Fraktion oder Einzelgesprächen gestellt werden sollten. Herr Hasler erklärte für seine Fraktion, dass sie sich bei Ablehnung des Antrages vorbehalte, diesen Tagesordnungspunkt über Einzelanträge ggf. für eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses anzumelden bzw. den Stadtbrandmeister zu Fraktionssitzungen einladen werde.

Herr **Brüggemann** unterstrich, dass das Arbeitsklima zwischen der Verwaltung und der Feuerwehr bekanntlich ausgezeichnet sei. Das Ergebnis zeige sich an der Entwicklung in den Stadtteilen. Im Wesentlichen sei es Ansinnen des Parlaments über Entwicklungen, wie Strukturen, Leistungsstärke, Risikopotenzial, finanzielle Auswirkungen, informiert zu werden. Dieser Ansatz werde durch die in Arbeit befindliche Bedarfsanalyse bedient werden.

Auch wenn die Struktur der Feuerwehr grundsätzlich gleich sei, unterscheide sie sich jedoch durch örtlich bedingte Spezifika. Den Gästen der Löschgruppen-Dienstbesprechungen sei dies bekannt. Der Wehrführer berücksichtige dies und setze auf die Mitarbeit in den Jahresdienstbesprechungen. Das gute Klima sei wichtig und sollte nicht beeinträchtigt werden.

Der CDU-Fraktion sei die Stellung von Einzelanträgen selbstverständlich unbenommen, stellte Herr **Hupe** fest. Der Beschlussvorschlag beinhalte aber gerade die Forderung, bei wichtigen Punkten einen Bericht zu hören und zu diskutieren.

Herr **Kissing** bezeichnete die Diskussion als unverständlich, da ein Bericht zu aktuellen Angelegenheiten der Feuerwehr nicht zuviel verlangt sein könne. Strukturen würden nicht in Frage gestellt. Der Feuerwehr solle die Möglichkeit gegeben werden, ihre Anliegen in einem dafür zuständigen Gremium vorzutragen. Seitens der Verwaltung verstehe er den Wunsch auf Beibehaltung der kurzen Dienstwege. Weniger verständlich sei die Aussage in der Beschlussvorlage, dass auch der Wehrführer keinen Anlass zu einer regelmäßigen Berichterstattung sehe.

Herr **Erdtmann** betonte abschließend, dass die Arbeit der Feuerwehr auch weiterhin geschlossen mit ganzer Kraft begleitet und aus der politischen Diskussion herausgehalten werden solle. Auch der Verwaltung sei der Stellenwert der freiwilligen und der hauptamtlichen Feuerwehr sehr wohl bewusst.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion, dass in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eines jeden Jahres der Stadtbrandmeister Bericht erstattet, wird hinsichtlich einer regelmäßigen, jährlichen Berichterstattung abgelehnt. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung - wie bereits angekündigt - die Eckpunkte der in Arbeit befindlichen Brandschutzbedarfsplanung in das Parlament eintragen wird. An dieser Sitzung werden der Wehrführer und der Wachenleiter teilnehmen.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Gegenstimmen mit Mehrheit
angenommen

Zu TOP 7.

Einwohnerfragestunde

Anfragen an die Verwaltung wurden von anwesenden Einwohnerinnen oder Einwohnern nicht gestellt.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

1. Herr **Erdtmann** informierte, dass die Verwaltung für dieses Jahr stadtweit die Aktion "Sauberes Kamen" initiiert habe. Die Forderung nach einer sauberen Stadt werde nicht nur von den politischen Parteien, sondern auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Einrichtungen, Verbänden und Organisationen erhoben. Gemeinsam solle daher die Aktion durchgeführt werden. In der Vergangenheit seien ähnliche Aktionen in Westick, Wasserkurl und Südkamen auf Initiative von verschiedenen Vereinen, Verbänden, Organisationen und Einrichtungen durchgeführt worden. Nunmehr sei beabsichtigt, am 25.03.2000 in den Stadtteilen und am 08.04.2000 in Kamen-Mitte Säuberungsaktionen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern durchzuführen. Ziel sei natürlich, die Stadt zu säubern, aber darüber hinaus auch ein Verantwortungsgefühl zu entwickeln, dass die Stadt auch sauber bleibe. Die Federführung liege bei der Feuerwehr und den landwirtschaftlichen Ortsvereinen, in Westick beim Schul- und Heimatverein und in der Stadtmitte beim Büro des Bürgermeisters und dem Baubetriebshof. Die erforderliche Ausstattung zum Einsammeln des Mülls werde zur Verfügung gestellt. Die Müllentsorgung erfolge durch die GWA. Der Baubetriebshof unterstütze die Aktionen. Als kleines Dankeschön gebe es zum Abschluss einen kleinen Imbiss und Getränke sowie Sticker als Präsent.
2. Herr Baudrexl nahm Bezug auf die Anfrage von Herrn Weigel in der Sitzung des Rates am 11.11.1999 hinsichtlich der Einrichtung eines befestigten Fahrradabstellplatzes in Höhe der Rad- und Fußgängerbrücke in der Nähe der Zollpost. Fakt sei, dass im Bereich des Treppenaufganges der Fußgängerbrücke auf einer befestigten Fläche bereits seit dem Herbst des vergangenen Jahres Fahrradständer aufgestellt seien. Der Fachbereich Planung und Umwelt habe seit der Montage der Fahrradständer den Bereich mehrmals kontrolliert und festgestellt, dass die Fahrräder nicht in den aufgestellten Ständern abgestellt, sondern in erster Linie an ein vorhandenes Gitter angeschlossen würden. Dieses Gitter sei in unmittelbarer Nähe zur Halte-

stelle in Fahrtrichtung Unna und ermögliche offenbar ein sichereres Abstellen der Fahrräder. Es würden lediglich 3 – 4 Fahrräder abgestellt, so dass derzeit kein größerer Bedarf an Fahrradabstellanlagen und auch keine unangemessene Deponierung zu erkennen sei. Da in den Wintermonaten aber keine repräsentative Aussage möglich sei, werde der Bedarf weiter kontrolliert werden.

Anfragen

1. Herr **Hasler** wies auf den Erlass des Innenministers zur Neufassung des Handlungsrahmens zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten hin. Über diesen Erlass sollten nach seiner Kenntnis die Räte entsprechend informiert werden. Herr Hasler fragte an, wann diese Information durchgeführt werde und ob es möglich sei, über die neuen Richtlinien im Haupt- und Finanzausschuss zu diskutieren. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass über diese Regelungen frühzeitig informiert werden sollte.

Herr **Baudrexl** antwortete, dass Regelungen und Erlasse des Innenministers an die Aufsichtsbehörden, wie diese im Rahmen ihrer Prüfung mit Haushaltssicherungskonzepten umgehen sollen, grundsätzlich nicht neu seien. In der Praxis seien diese von den Aufsichtsbehörden als Leitfaden und Prüfraster angesehen und unterschiedlich konsequent umgesetzt worden. Nun gebe es neue Richtlinien, die Anlass zur Diskussion darüber böten, ob hiermit nicht die Selbstverwaltungsgarantie einer Stadt und die des Rates ausgehöhlt würden. Es entstehe der Eindruck, als müsse sich eine Stadt für ihre freiwilligen Ausgaben schämen. Daher werde das Prüfraster zunächst einmal lediglich als Grundlage für die Aufsichtsbehörden angesehen. Das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2000 sei trotz des Prüfrasters genehmigt, da das Konzept unter anderem auch bereits vor der Zustellung des Prüfrasters eingebracht worden sei. Bei der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2001 werde man sich rechtzeitig auf das Prüfraster einstellen müssen, obwohl seiner Auffassung nach die Aufsichtsbehörde im Kreis Unna das Prüfraster aus den genannten Gründen nicht voll umsetzen werde. In der nächsten Sitzung werde die Jahresrechnung 1999 eingebracht. Dann seien die kommunalen Finanzen ohnehin Gegenstand der Sitzung. In diesem Zusammenhang werde auch über das Prüfraster informiert. Bei der inhaltlichen Bewertung sollte allerdings bedacht werden, dass noch Handlungsspielräume für die Aufsichtsbehörde bestünden.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Erdtmann
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer